



Regierungsratsbeschluss vom 29. März 2022

Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend Daten zu den Gesundheitskosten aufgrund der Diskriminierung von LGBTI-Personen am Arbeitsplatz und in der Schule

P225017

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Für den Regierungsrat ist unbestritten, dass Mobbing, Genderdysphorie und Diskriminierungen aller Art Risikofaktoren für die Entwicklung von psychischen Störungen sind. LGBTI-Personen sind im Verlauf ihrer Kindheit und Jugend durch die Stigmatisierung und Diskriminierung ihrer Geschlechtsidentität bzw. sexuellen Orientierung deutlich mehr von psychischen Erkrankungen und Suizidversuchen betroffen als gleichaltrige Menschen, welche hinsichtlich der Geschlechtskongruenz und der sexuellen Orientierung der Mehrheitsgesellschaft entsprechen. Eine Bezifferung der dadurch verursachten Gesundheitskosten ist aktuell nicht möglich, da die entsprechenden Daten nicht bzw. nicht genügend differenziert vorhanden sind. Der Regierungsrat hat bereits Massnahmen ergriffen, um den spezifischen Herausforderungen, die bezüglich der psychischen Gesundheit von LGBTI-Jugendlichen bestehen, gerecht zu werden. So wird die Thematik u.a. im Rahmen des Lehrplans 21 alters- und stufengerecht und mit der gebotenen Sensibilität im Schulunterricht thematisiert. Ferner verfügt der Kanton Basel-Stadt über ein differenziertes und niederschwellig erreichbares Angebot für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene in psychischen oder psychosozialen Krisensituationen, welches allen Personen offensteht.

